



Mutlose und repressive Prostitutionspolitik

Die im März 2012 gegen die Stimmen von AL und EVP verabschiedete PGVO war vor allem bei linksgrünen Frauen von der Hoffnung auf eine rechtliche und gesellschaftliche Besserstellung der Sexarbeitenden begleitet. Eine Hoffnung, welche die AL schon damals als illusionär taxierte. Leider haben wir recht behalten. Heute wird Sexarbeit in Zürich stärker kriminalisiert, illegalisiert und bürokratisch behindert als vor dem Erlass der PGVO. Im Zusammenwirken mit den neuen Bestimmungen der PGVO und der strikten Umsetzung der BZO-Bestimmungen wurde die Prostitution in den Kreisen 1 und 4 massiv zurückgedrängt. Gab es 2008 dort noch über 120 registrierte Salons, waren es 2014 mit 55 nur noch knapp die Hälfte.

Stadtrat setzt weiter auf Bürokratie und Repression

Der Stadtrat plädiert in seinem Bericht für «weiter so». Die AL-Fraktion fordert dagegen einen klaren Kurswechsel, um der selbstbestimmten Sexarbeit Raum zu geben. Es hat sich gezeigt, dass die Prostitution - Verordnung hin oder her - weiterhin auch ausserhalb der durch den Staat vorgesehenen Bereiche stattfindet: via Internet, in Hinterzimmern, draussen, ausserhalb der Stadtgrenzen etc. Die Wegweisungs- bzw. Bussenpraxis hat sich durch die PGVO deutlich verschärft und wird willkürlich angewendet. Die AL-Fraktion fordert darum in ihrer Motion die Aufhebung der PGVO und damit verbunden ein Umdenken in der Prostitutionspolitik seitens des Stadtrates.

Liberalere Bewilligungspolitik und keine Tickets

Bei Erlass der PGVO war es erklärter Wille und Konsens, Einzelsalons mit ein bis zwei Sexarbeitenden von der polizeilichen Bewilligungspflicht auszunehmen. Doch eine wortklauberisch-bürokratische Umsetzung der PGVO hat zu einem eigentlichen Kleinsalon-Sterben geführt: von 2012 bis 2014 hat die Zahl der Salons mit 1 bis 2 Sexarbeitenden um 30%, die mit 3 Sexarbeitenden um 47% abgenommen. Zugenommen hat dagegen die Zahl der Grossbordelle mit 11 und mehr Sexarbeitenden, wo diese der Marktmacht der Betreiber ausgeliefert sind – eine ganz und gar unerwünschte Entwicklung. Mit unserem Postulat, das wir gemeinsam mit SP und Grünen eingereicht haben, fordern wir eine liberale Praxis gegenüber den Kleinsalons im Sinn und Geist der ursprünglichen PGVO-Beschlüsse; der Stadtrat verfügt bereits heute über die nötigen Kompetenzen, hierzu entsprechende Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Die Benutzungsgebühr für den Strassenstrich führt zu mehr Repression für die Sexarbeitenden und hat einschneidende Konsequenzen: nach drei Verstössen wird die Arbeitsbewilligung für ein ganzes Jahr entzogen. Zudem wird eine unverhältnismässige Kontrollbürokratie aufgebaut. Daher fordern wir gemeinsam mit der SP die Aufhebung dieser unnötigen Gebühr. Gleichzeitig unterstützen wir auch das SP-Postulat für eine Strassenstrichzone an der Langstrasse.

24. August 2016